

# „Wohnungsmarkt ist kein Kasino“

Mieterbund fordert Grundrecht auf bezahlbares Wohnen – Bundespräsident sieht sozialen Sprengstoff

Von Alexander Sturm und Anna Ringle

Berlin. In der aufgeheizten Debatte um steigende Mieten bringt der Deutsche Mieterbund ein Grundrecht auf bezahlbares Wohnen ins Spiel. Dazu regte er gestern eine Änderung im Grundgesetz an. „Ein derartiges Grundrecht würde den Wertecharakter unserer Verfassung verstärken und den Sozialstaatsgedanken verdeutlichen“, erklärte Mieterbund-Präsident Franz-Georg Rips in Berlin. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bezeichnete Wohnen als eine Existenzfrage für jeden Einzelnen und für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Während Gewerkschaften Zustimmung signalisierten, lehnte die Immobilienwirtschaft den Vorschlag als „ideologische Debatte“ ab. Auch von der Unionsfraktion im Bundestag kam Widerstand.

Die Mieterbund verlangte von der Bundesregierung eine grundlegende Neuausrichtung in der Wohnungs- und Mietenpolitik. Die Losung „bauen, bauen, bauen“ werde den Problemen nicht gerecht, betonte Rips. Stattdessen könnte das Grundgesetz um einen Artikel 14a erweitert und ein Grundrecht auf „angemessenes und bezahlbares Wohnen“ eingeführt werden. Anders als in einer Reihe von Landesverfassungen sei das Recht auf Wohnen im Grundgesetz nicht ausdrücklich genannt.

Es müssten bezahlbare Wohnungen an den richtigen Standorten vor allem in Ballungsgebieten gebaut werden, so der Mieterbund. Neben einer Grundgesetzänderung forderte er, es müssten 80 000 Sozialwohnungen statt wie zuletzt 26 000 pro Jahr errichtet werden. Zudem solle der Bund bezahlbare Mietwohnungen steuerlich fördern und dafür im Gegenzug Mietobergrenzen festlegen. Kommunale Wohnungsbaufirmen und Genossenschaften müssten stärker unterstützt und Grundstücke von Bund und Ländern vorrangig billig an Kommunen vergeben werden, um darauf etwa Sozialwohnungen zu bauen.

Die Politik müsse handeln, „ansonsten droht der Zerfall der Gesellschaft,



Demonstranten des „Bündnis #Mietenwahnsinn“ in Berlin vor dem Kanzleramt. Foto: dpa

insbesondere in den Großstädten“, sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gestern bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Dortmund. „Wir müssen verhindern, dass unsere Städte zum sozialen Kampfplatz um das Wohnen werden.“ Es brauche Mieten „auch um die sechs Euro statt nur jenseits der 16 Euro pro Quadratmeter“, forderte der Bundespräsident. „Der Wohnungsmarkt ist kein Kasino.“

In der Debatte um bezahlbaren Wohnraum sind die Wellen zuletzt hochgeschlagen. Vielerorts gab es Demonstrationen gegen hohe Mieten und Wohnungsnot. In Berlin stieß eine Bürger-Initiative eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren an, um Wohnungskonzerne zu enteignen. Und in Frankfurt brachte Oberbürgermeister Peter Feldmann einen Mietendeckel ins Spiel.

Von der Wohnungswirtschaft kam Kritik. Statt „ideologischer Debatten“ benötige man Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum, darunter schnellere Grundstücksvergaben und Genehmigungsverfahren, erklärte der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen.

Für eine Grundgesetzänderung gibt es hohe Hürden. Einem neuen Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum müssten Bundesrat und Bundestag mit einer Mehrheit von je zwei Dritteln zustimmen. Das wäre nur bei einem breiten Parteienbündnis denkbar, das sich bei einer solch grundlegenden Frage einigen müsste. Zudem bliebe der Haken, wie das Recht auf bezahlbares Wohnen in der Praxis durchgesetzt werden soll – vor allem in Städten, wo es schlicht nicht genug Wohnungen gibt.